

BAYERN vorwärts

WWW.BAYERNVORWAERTS.DE

KLARTEXT



GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT

Ab dem 1. Mai gilt die Arbeitnehmerfreizügigkeit für viele osteuropäische EU-Länder. In der Leiharbeit droht die Gefahr des organisierten, grenzüberschreitenden Lohndumpings. Deshalb haben wir uns in den Hartz-IV-Verhandlungen für den Mindestlohn stark gemacht. Wir haben ihn in der Leiharbeit und zwei weiteren Branchen durchgesetzt. Damit stellen wir uns gegen Lohndumping diesseits und jenseits der Grenze. Damit Arbeitnehmerfreizügigkeit Europa besser macht und nicht zu Ausbeutung führt. Aber trotz Lohnuntergrenze in der Leiharbeit, wir kämpfen weiter. Leiharbeiter müssen die gleichen Rechte im Betrieb haben. Sie müssen den gleichen Urlaubsanspruch haben wie die Stammbesellschaft. Nach einem Jahr als Leiharbeiter in einer Firma muss ein Rechtsanspruch auf ordentliche Beschäftigung her. Leiharbeit ist dazu da, Auftragsspitzen abzufedern. Sie darf keine normalen Arbeitsplätze ersetzen.

Es muss gelten: Gleicher Lohn für Gleiche Arbeit. Horst Seehofer ist auch bei diesem Thema ein Fähnchen im Wind: Im Januar fordert er gleiche Bezahlung. Bei Verhandlungen im Bund singt er dann mit der FDP: 9 Monate sollen Leiharbeiter arbeiten, bevor sie das Gleiche verdienen wie Stammpersonal. Blanker Hohn, kaum ein Leiharbeiter ist so lang in einem Betrieb. Schwarz-Gelb ist unsozial. Gute Arbeit geht nur mit der SPD.

Euer

Florian Pronold, MdB
Vorsitzender der BayernSPD

MIT STEUERN ZUKUNFT GESTALTEN

Florian Pronold will die Debatte um die Vermögensbesteuerung neu beleben

Wenn wir wirklich Chancengleichheit im Bildungssystem wollen, dann müssen die Länder dafür erheblich mehr Geld aufwenden.“ So lautet eine der Begründungen für ein neues Konzept zur Vermögensbesteuerung, das der SPD-Landesvorsitzende Florian Pronold im April auf der Klausur des Landesvorstands vorgestellt hat. „Erbstiftsteuer und Vermögensteuer stehen allein den Ländern zur Verfügung, deshalb eignen sie sich hervorragend zur Finanzierung von Bildungsausgaben und anderen Länderaufgaben.“

Vermögensteuer mit Zweckbindung

Pronold will die 1997 ausgelaufene Vermögensteuer nicht einfach neu aufliegen: „Um wieder eine gesellschaftliche Debatte über den Finanzierungsbeitrag von Millionären führen zu können, brauchen wir ein neues Konzept.“ Pronold schlägt deshalb eine Vermögensteuer von einem Prozent ab einem Vermögen von einer Million vor, die Einnahmen sollen zweckgebunden verwendet werden. Zudem sollen die Steuerpflichtigen die Möglichkeit bekommen, auf der Steuererklärung zwischen einer Reihe von Verwendungszwecken zu wählen. „Für einen Teil des Steueraufkommens ist das verfassungs- und haushaltsrechtlich möglich“, so Pronold. Mit mehr Transparenz bei der Verwendung soll die Akzeptanz eines Zusatzbeitrags der Vermögenden gesteigert werden.

Bildung vererben

Auch für die Erbschaftsteuer will Pronold eine Zweckbindung durchsetzen: „Erbschaften sind leistungsloses Einkommen. Deshalb ist nur fair, wenn ein kleiner Teil dieses Einkommens dem Bildungssystem zu Gute kommt. Die ältere Generation sollte allen jungen Menschen bessere Bildung vererben.“ Im Gegensatz zur Einkommensteuer ist bei der Erbschaftsteuer eine echte Steuervereinfachung möglich. Pronold fordert niedrige einheitliche Steuersätze und im Gegenzug die Streichung von komplizierten Ausnahmeregelungen.



» Im internationalen Vergleich werden Erbschaften und Vermögen in Deutschland extrem niedrig besteuert. «

Vor allem sollen Unternehmenserben sich nicht mehr vor der Steuer drücken können. Damit könnten jährlich 10 Milliarden Euro mehr eingenommen und in Bildung investiert werden.

Deutschland bisher Schlusslicht

Im internationalen Vergleich werden Erbschaften und Vermögen in Deutschland extrem niedrig besteuert. Auch wenn es gelingt, mit einer reformierten Vermögensbesteuerung jährlich 20 Milliarden mehr zu erzielen, läge die Höhe der Vermögensbesteuerung gemessen an der Wirtschaftsleistung immer noch unter dem Durchschnitt der OECD-Länder.

Im Landesvorstand gab es eine lebhafte Debatte über Pronolds Vorschläge. Über das Ziel einer höheren Besteuerung von Vermögen herrschte große Einigkeit, über die konkrete Ausgestaltung gab es noch unterschiedliche Auffassungen. Diese Diskussion wird sicherlich in den nächsten Monaten auch in den Parteilgliederungen geführt werden. Im Juli soll das Konzept zur Vermögensbesteuerung dann auf dem Landesparteitag in Germering beschlossen werden. ■

Das Eckpunktepapier von Florian Pronold zur vorgeschlagenen neuen Vermögensbesteuerung: <http://byspd.de/192> (233 KB)

FUTTER FÜR DEN MUND FUNK IM MAI 2011

En-01-2011: Nach Fukushima: Schwarz-Gelb zu Atomkraft
C-04-2011: Die schlechteste Regierung, die wir jemals in Deutschland hatten
F-02-2011: Untersuchungsausschuss zum Kauf der Hypo Group Alpe Adria durch die BayernLB

Und so geht's:
Bitte die entsprechenden Nummer(n) der Argumentationshilfe(n) angeben.
Download im Internet unter www.bayernspd-mundfunk.de
Per E-Mail: info@bayernspd.de
(Datei oder Ausdruck? Absender!)
Per Fax: 089 - 23 17 11 38
(Absender-Faxnummer!)
Telefonisch: 089 - 23 17 11 0
Per Post: BayernSPD, Oberanger 38, 80331 München



**MICHAEL ADAM, 26 JAHRE,
BÜRGERMEISTER DER GEMEINDE
BODENMAIS UND SEIT MÄRZ SPD-
BEZIRKSVORSITZENDER IN NIEDERBAYERN**

Welche Akzente wirst Du als neuer niederbayerischer Bezirksvorsitzender setzen und wo siehst Du die Hauptkonfliktpunkte mit CSU/FDP?

Schwarz-Gelb hat, abgesehen von Alltagsforderungen, keine konkreten Antworten auf die Frage: Wie machen wir mehr aus Niederbayern? Hier brauchen wir keine Zukunftsrate, sondern eine breite öffentliche Debatte über die Zukunft Ostbayerns. Wir als SPD werden keine punktuellen Showveranstaltungen abliefern, wie aktuell die CSU, sondern gemeinsam mit Bürgern, Gruppen und Verbänden ein konkretes Zukunftskonzept für unsere Region erarbeiten.

Du bist Bürgermeister in der Gemeinde mit den meisten pro Kopf-Übernachtungen in Deutschland.

Ist Tourismus und Erholung die wirtschaftliche Zukunftslösung für den ländlichen Raum, so wie es u.a. das Gutachten des Zukunftsrates vorsieht?

Tourismus kann eine mögliche Antwort auf die Strukturschwäche des ländlichen Raumes sein. Allerdings macht der Zukunftsrat einen kapitalen Denkfehler: Tourismus funktioniert nicht, indem man „schöne Natur“ nur bewirbt. Ein Blick ins Tourismusbachland Österreich zeigt: Tourismus bringt massive wirtschaftliche Wertschöpfung, aber nur, wenn der Staat auch eine stärkere Wirtschaftsförderung betreibt, als die Staatsregierung dies tut.

Wie beurteilst Du das Konzept der Gemeinschaftsschule?

Das Gemeinschaftsschulkonzept der BayernSPD beantwortet fundiert die Frage, wie Bildung unabhängig vom sozialen Hintergrund der Eltern gemacht und mehr Integration erreicht werden kann. Aber noch viel wichtiger: Nur so kann das Schulsterben im ländlichen Raum verhindert werden, das die schwarz-gelbe Bildungspolitik seit Jahren verursacht. Wir müssen die Schule im Dorf lassen, sonst haben ländliche Kommunen langfristig keine Zukunft!

HGAA-UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS: DIE GEWINNER SIND BAYERNS BÜRGER

Der von der SPD initiierte Untersuchungsausschuss zum Kauf der Hypo Group Alpe Adria durch die Bayerische Landesbank ist der erfolgreichste, den es bisher in Bayern gab. Er hat, wie von der SPD angenommen, festgestellt, dass Vorstand und Verwaltungsrat der BayernLB ihre Sorgfaltspflichten beim Kauf der österreichischen Skandalbank Hypo Group Alpe Adria grob fahrlässig missachtet haben. Und dies wird konkrete Folgen haben. Die CSU-Verwaltungsrate haben dem Vorstand der BayernLB im April 2007 quasi einen Blancoscheck ausgestellt und hatten noch nicht einmal den Kaufvertrag gelesen. Durch den überhasteten Kauf der Bank ist der Landesbank und somit dem Steuerzahler ein Schaden von inzwischen 3,75 Milliarden Euro entstanden. Der Freistaat musste um die Bank zu retten für 10 Milliarden Euro Sicherheiten geben. Der Haushalt des Freistaats wird dadurch in diesem Jahr mit 343 Millionen Euro Zinsen belastet! Der Fehlkauf wird zumindest für den Vorsitzenden des Verwaltungsrates, Siegfried Naser und den früheren Finanzminister und Verwaltungsratsmitglied Kurt Faltlhauser juristische Folgen nach sich ziehen: Die Landesbank hat aussichtsreiche Klagen angekündigt. Dass dies überhaupt möglich ist, wurde von der SPD maßgeblich vorangebracht. Sie hat im Bund und in Bayern dafür gesorgt, dass die Verjährungsfrist für Haftungsansprüche der Landesbank gegen Vorstände und Verwaltungsrate von drei auf 10 verlängert wurde. Nur deswegen ist ein Verfahren gegen Naser und Faltlhauser überhaupt möglich.

BUCHTIPP



DER GROSSE DEAL

Dr. Christoph Rabenstein, promovierter Historiker und Abgeordneter der SPD-Landtagsfraktion, berichtet in seinem Buch „Der große Deal“ erstmalig umfassend und objektiv von der Gier und dem Größenwahn beim Kauf der Hypo Group Alpe Adria durch die BayernLB. Rabenstein präsentiert die Fakten und lässt keine Frage unbeantwortet: Wie konnte es zu dieser Fehlspekulation kommen? Wer hat vom großen Deal profitiert?

Christoph Rabenstein:
Der große Deal – Wie die BayernLB beim Kauf der Hypo Group Alpe Adria Milliarden verzoockte
192 Seiten, 16,90 Euro
ISBN 978-3-86222-040-3

Doch darüber hinaus gibt es noch weitere Verantwortlichkeiten: Allen voran trägt auch der frühere Ministerpräsident Edmund Stoiber eine politische Verantwortung. Für ihn war der Kauf ein Prestigeobjekt, das auch seinen Ruhm vergrößern sollte und für das er an entsprechender Stelle auch Druck gemacht hat. Darüber hinaus hat der Untersuchungsausschuss ergeben, dass die weiteren Verwaltungsräte grobe Fehler beim Kauf der HGAA gemacht haben. Für Erwin Huber, Günther Beckstein und den CSU-Fraktionsvorsitzenden Georg Schmid ist das eine schallende Ohrfeige, die in Zukunft dazu führen muss, dass gegen sie zivilrechtliche Ansprüche geltend gemacht werden.

Die Gewinner des Untersuchungsausschusses sind auf jeden Fall die Bürger und Bürgerinnen Bayerns, auch wenn zu erwarten ist, dass nur ein kleiner Teil des Schadens wieder gut gemacht werden kann.

Für die Zukunft allerdings bleibt noch einiges zu tun: Denn der Landesbank fehlt immer noch ein tragfähiges Geschäftsmodell. Wichtig wäre es, wenn sich die BayernLB wieder intensiver auf ihre ursprünglichen Ziele, Unterstützung des Mittelstandes und Hausbank des Freistaats, konzentrieren würde. Risikoreiche Ausflüge an die Finanzmärkte der Welt, wie bei den ABS-Papieren, müssen ein für alle Mal der Vergangenheit angehören. ■

Infos:

www.landesbankskandal.de

Im Wortlaut der Minderheitenbericht zum

Download (PDF): <http://byspd.de/18w>

Mundfunk F-02-2011: Untersuchungsausschuss zum Kauf der Hypo Group Alpe Adria durch die BayernLB

AKTIONSTAG 28.5. – AKWS ABSCHALTEN!



Die Reaktorkatastrophe in Fukushima macht erneut auf dramatische Weise deutlich: das von der Atomkraft ausgehende Risiko ist nicht tragbar. Jetzt müssen Konsequenzen gezogen werden und endlich Atomkraftwerke für immer stillgelegt werden. Am 28. Mai, wenige Tage bevor das Moratorium über hiesige AKWs ausläuft und die Bundesregierung über die Zukunft der Atomenergie in Deutschland entscheidet, finden in Bayern (München, Nürnberg und Landshut) Demonstrationen und Kundgebungen statt. Damit die SPD vor Ort Flagge zeigen kann und unsere Botschaft unübersehbar ist, brauchen wir Deine Unterstützung!

Demos in München, Nürnberg und Landshut am Samstag, 28.05. –

Demo-Zug jeweils um ca. 13 Uhr, Kundgebung 14 Uhr

Die Mahnwachen in Niederaichbach vor dem Werkstor von Isar 1 gehen weiter, u.a. am 2. Mai mit Dr. Bärbel Kofler, MdB.

Infos: www.ausgestrahlt.de

<http://bayernspd.de/extras/energiewende-jetzt/>

sowie www.mahnwache-isar1.de

ZAHL DES MONATS:

6

Bundesländer erheben allgemeine Studiengebühren. Das sind Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Niedersachsen, Bremen (für Studierende mit einem Erstwohnsitz außerhalb von Bremen) sowie Nordrhein-Westfalen. Hamburg und Nordrhein-Westfalen haben nach den SPD-Wahlerfolgen die Abschaffung auf den Weg gebracht und nun werden auch in Baden-Württemberg durch Grün-Rot die Studiengebühren entfallen. Die BayernSPD unterstützt die Forderung der Landes-Asten-Konferenz Bayern, die Studiengebühren in Bayern jetzt abzuschaffen. Bereits mehrfach hat die SPD-Fraktion dazu im Bayerischen Landtag Anträge eingebracht, doch wurden diese von CSU und FDP immer abgelehnt.

AUS DER PARTEI

SCHURER UND GÜLLER BESTÄTIGT

Die SPD Oberbayern bestimmte auf ihrem Parteitag Ewald Schurer mit 80,6 Prozent der Stimmen wieder zu ihrem neuen Chef. Auch die Stellvertreter Bärbel Kofler, Claudia Tausend und Klaus Barthel wurden bestätigt. Beim Bezirksparteitag der Schwaben-SPD stimmten 91,4 Prozent der Delegierten erneut für ihren Vorsitzenden Harald Güller. Seine Stellvertreter sind Gabriele Fograscher, Heinz Paula, Ilona Deckwerth und Karl-Heinz Brunner.

SPD-BÜRO IN MEMMINGEN

Am 26. März eröffnete der Memminger SPD-Ortsverein sein neues Bürgerbüro in der Pfaffengasse 4. Die Anlaufstelle umfasst auch einen kleinen Versammlungsraum. Jeden Dienstag und Samstag steht das Bürgerbüro von 10 bis 12 Uhr offen.

www.spd-memmingen.de

JUSOS-LAKO

Die Ordentliche Landeskonferenz der bayerischen Jusos findet am 14. und 15. Mai in den Haas-Sälen in Bamberg statt. Schwerpunkte sind die Themen Sozialstaat und Verteilungsgerechtigkeit sowie die Gleichstellungspolitik.

www.jusos-bayern.de

PARTEITAG „INTEGRATION“

Der UB Aschaffenburg veranstaltet am 13. Mai einen öffentlichen Parteitag zum Thema „Integration – für ein Miteinander in unserer Region“. Die Autorin Dr. Lale Akgün liest aus ihrem Buch „Aufstand der Kopftuchmädchen“, die Diskussion moderiert Metin Hakverdi, Mitglied der Hamburgerischen Bürgerschaft.

Fr., 13.05., 18.30 Uhr im Tanzsportclub „Schwarz-Gold“, Lange Str. 7, Aschaffenburg

MIT LINKS BERGAUF

Die Alpeninitiative „Mit links bergauf“ des Präsidiumsmitglieds der BayernSPD Klaus Barthel, MdB, wurde 2002 ins Leben gerufen. Mittlerweile ist das Tourenprogramm zur „Institution“ geworden. So geht es u.a. am 22.5. mit dem Radl um den Ammersee und am 9. Juli auf den Alpenrosenweg.

Mitmachen: www.spdimoberland.de

OLAF SCHOLZ SPRICHT

Der frisch gewählte Hamburger Bürgermeister Olaf Scholz ist Hauptredner bei der traditionellen SPD-Kundgebung im Truderinger Festzelt in München. Am Mittwoch, 1. Juni, ab 18.30 Uhr, spricht er neben Markus Rinderspacher.

www.bayernspd.de/termine

SCHNELLES INTERNET FÜR ALLE – AUCH IM LÄNDLICHEN RAUM!

Anlässlich der bevorstehenden Novellierung des Telekommunikationsgesetzes hat der Landesvorstand einen Antrag zur Breitbandversorgung verabschiedet, der schnelles Internet als Teil der Daseinsvorsorge versteht. „Schnelles Internet ist die Telefonie des 21. Jahrhunderts. Wir brauchen deshalb die Versorgung in allen Orten Bayerns“, sagt die stellvertretende Vorsitzende der BayernSPD Annette Karl. „Sonst laufen wir Gefahr, dass es in Bayern zu einer digitalen Spaltung zwischen Stadt und Land kommt.“

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Barthel übt scharfe Kritik am Verhalten

FRÜHLING DER REGIONEN

Die SPD plant Veranstaltungen zur „Zukunft des ländlichen Raums“ unter dem Titel „Frühling der Regionen“. Die bis zum Redaktionsschluss fest stehenden Termine:

24.05. mit Markus Rinderspacher in Unterfranken (Bad Kissingen), 26.05. mit Natasa Kohnen in Oberfranken, 31.05. mit Markus Rinderspacher in Schwaben (Bobingen), 3.06. mit Florian Pronold in der Oberpfalz & 21.06. mit Florian Pronold in Niederbayern (Regen).

der CSU. „Bisher hat die Staatsregierung alle in diese Richtung gehenden Initiativen der SPD abgelehnt.“ Einmal mehr zeige sich die Schizophrenie innerhalb der CSU: in Bayern stehen die Schwarzen auf der Bremse, in Berlin schreien sie nach Verbesserungen.

Die Schweinfurter Europaabgeordnete Kerstin Westphal kritisiert Seehofer, Zeil und Co.: „Viele Bundesländer nutzen europäische Regionalfördergelder, um ihre Breitbandversorgung zu verbessern – leider gehört Bayern nicht dazu.“ ■

Der Beschluss der BayernSPD:

<http://byspd.de/196>

IMPRESSUM

BayernVorwärts

Verantwortlich: Rainer Glaab
Redaktion: Maria Deingruber, Holger Reise, Jarmila Schneider, Rüdiger Löster

BayernVorwärts-Redaktion

Georg-von-Vollmar-Haus
Oberanger 38 / II. 80331 München
TEL (089) 23 17 11 0, FAX (089) 23 17 1138
EMAIL info.bayernvorwaerts@spd.de

DAS BAYERNVORWÄRTS-KALEIDOSKOP



Generalsekretärin Natascha Kohnen und Münchens SPD-Chef Hans-Ulrich Pfaffmann auf der Demo.



Markus Rinderspacher gratuliert Prof. Heinrich Bedford-Strohm.



Bildungssprecher Pfaffmann (rechts) sicherte den engagierten Eltern Unterstützung zu.

„Abschalten!“

40.000 Menschen demonstrierten am 26.3. in München für den Ausstieg aus der Atomkraft. Organisiert wurde die Demonstration von einem breiten Bündnis aus Parteien, Gewerkschaften, Verbänden und Bürgerinitiativen, dem auch die BayernSPD und die Münchner SPD angehören.

SPD gratuliert

Markus Rinderspacher gratulierte auf einem Empfang der SPD-Landtagsfraktion dem frisch gewählten Landesbischof Prof. Heinrich Bedford-Strohm. „Wir freuen uns, dass wir nach Johannes Friedrich abermals einen politischen Kopf an der Spitze der evangelischen Kirche in Bayern haben“, so Rinderspacher in seiner Laudatio.

3000 Unterschriften

Der bildungspolitische Sprecher der SPD, Hans-Ulrich Pfaffmann, nahm am 6. April über 3000 Unterschriften, die von der Aktion „Bildung 21“ gesammelt wurden, entgegen. Die Hauptinitiatorin der Aktion, Isabel Krämer-Kienle, signalisierte der SPD außerparlamentarische Unterstützung zur Verbesserung der Ausbildungsbedingungen im bayerischen Schulsystem: „Wir werden nicht aufgeben und unser Engagement verstärken“, versprach sie.

50 Jahre in der SPD

Die SPD in Mühldorf ist 100 Jahre alt. Seit 50 Jahren ist Walter Speckmeier in der Partei aktiv, bis 2008 saß er für die SPD im Stadtrat, war lange Fraktionsvorsitzender. Für das halbe Jahrhundert Mitgliedschaft zeichnete der Landesvorsitzende Florian Pronold den 77-Jährigen aus.

Treffen mit KLJB

Zum Auftakt der Klausurtagung der BayernSPD fand ein Treffen mit Vertretern der Katholischen Landjugendbewegung Bayern (KLJB) statt. Daran nahmen u.a. der Landesvorsitzende der KLJB Andreas Deutinger sowie der Landesgeschäftsführer Martin Wagner teil. Zu den zentralen Themen zählte die Zukunft des ländlichen Raums, die Bedeutung der Infrastrukturpolitik sowie die Perspektiven der Bioenergie.

Neuer Fortschritt

Der Landesvorstand diskutierte auf seiner Klausur mit dem Vorsitzenden der SPD-Grundwertekommission Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin sowie mit Prof. Dr. Johano Strasser, inwieweit wirtschaftlicher und wissenschaftlich-technischer Fortschritt als Grundlage für individuellen und sozialen Wohlstand und für gerechte Teilhabe noch ausreichend sind.

Weitere Infos: <http://byspd.de/190>



Walter Speckmeier für 50 Jahre Mitgliedschaft geehrt.



Das Präsidium der BayernSPD traf am Starnberger See Vertreter der KLJB.



Diskussion um Grundwerte: Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin, Florian Pronold, Natascha Kohnen und Prof. Dr. Johano Strasser.

EINTRETEN FÜR FREIHEIT UND DEMOKRATIE

SPD AK Labertal startet Ausstellungsreihe



Das Eintreten für Demokratie, individuelle Menschenrechte, Freiheit und freie Gewerkschaften ist der Auftrag, der nachfolgenden Generationen aus der bitteren Erfahrung des Nationalsozialismus mitgegeben werden muss.

In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund in der Region Landshut ist es den SPD-

Ortsvereinen des Labertals gelungen, in drei Landkreisen eine Wanderausstellung zu organisieren, um ein Zeichen gegen das Vergessen zu setzen. Aber auch um klar zu machen, dass es sich heute noch lohnt, für soziale Gerechtigkeit und faire Löhne einzutreten, so der Sprecher des AK Labertal, Rainer Pasta.

Im Mai wird die Ausstellung der Hans-Böckler-Stiftung „... gerade Dich, Arbeiter, wollen wir. – Nationalsozialismus und freie Gewerkschaften im Mai 1933“

an der Mittelschule Mallersdorf-Pfaffenberg (2.-9.5.), am Johannes-Nepomuk-Gymnasium in Rohr (11.-15.5.) und im katholischen Pfarrheim Geiselhöring (16.-27.5.) zu sehen sein.

Infos: www.spd-labertal.de



ROTE RADLER UNTERWEGS!

Auch in diesem Sommer startet die Landtagsfraktion mit ihrem Vorsitzenden Markus Rinderspacher an der Spitze zu einer Reihe von Radtouren quer durch Bayern. Gemeinsam mit dem Team um den Oppositionsführer können alle Radlbegeisterten im Freistaat kräftig in die Pedale treten und per Velo alle sieben bayerischen Regierungsbezirke erkunden.

Die „roten Radler“ on Tour:
7./8. Mai Schwaben,
28./29. Mai & 18./19. Juni Unterfranken,
25./26. Juni Oberpfalz,
16./17. Juli Mittelfranken,
23.-25. Juli Oberfranken,
6./7. August Oberbayern und
12.-14.08. Niederbayern.

Infos: www.rote-radler-bayern.de

KOMMUNALTAGUNGEN

Es ist Halbzeit: drei Jahre sind seit der Kommunalwahl 2008 vergangen, in drei Jahren steht die nächste an. Die BayernSPD will ihre Position als starke kommunale Vertretung sichern und ausbauen. Deshalb veranstaltet der Landesverband bereits im Mai/Juni in jedem Regierungsbezirk „Kommunaltagungen“. Ziel ist, zu hören, was die Mitglieder vor Ort an Unterstützung brauchen. Zugleich stellt der Landesverband vor, was für 2014 vorbereitet wird. Die gesamte kommunalpolitische Basis der Partei ist eingeladen: die Fraktionsvorsitzenden, Bürgermeister und Landräte sowie die Vorsitzenden der Ortsvereine, Kreisverbände und Unterbezirke. Bringt Interessierte mit, die in der Kommunalpolitik aktiv werden wollen. Und natürlich alle, die den Wahlkampf vor Ort managen. Jeder Ortsverein sollte vertreten sein!

14.05., 9.30 Uhr: BZ Oberpfalz, Gasthaus Schützenheim, Schwandorf
14.05., 14 Uhr: BZ Oberbayern, Gewerkschaftshaus, Ingolstadt
21.05., 11 Uhr: BZ Unterfranken, Mehrzweckhalle, Gerbrunn
04.06., 14 Uhr: BZ Niederbayern, Fraunhoferhalle, Straubing
10.06., 18 Uhr: BZ Mittelfranken, Karl-Bröger-Zentrum, Nürnberg
16.07., 10 Uhr: BZ Schwaben, Forum, Mindelheim
16.07., 9.30 Uhr, BZ Oberfranken